Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1808

26. 06. 95

Entschließungsantrag

der Gruppe der PDS

zum Antrag der Bundesregierung
— Drucksache 13/1802 —

Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes im früheren Jugoslawien einschließlich der Unterstützung eines eventuellen Abzugs der VN-Friedenstruppen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Eine Beteiligung von Soldaten der Bundeswehr am schnellen Einsatzverband zur Mandatsermöglichung der UNPROFOR-Truppe in Bosnien-Herzegowina wird abgelehnt. Das gilt auch für jede andere Form deutscher Beteiligung oder Unterstützung einer NATO-Operation im früheren Jugoslawien.

2. Die Teilnahme von Soldaten der Bundeswehr an militärischen Aktivitäten im ehemaligen Jugoslawien bleibt ausgeschlossen.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß:

   a) die monatlich vorgesehenen 90 Mio. DM statt für die Finanzierung einer deutschen Beteiligung am schnellen Einsatzverband zur humanitären Unterstützung der vom Krieg betroffenen Menschen und Regionen zur Verfügung gestellt werden,

   b) Keine Änderung des Mandats für UNPROFOR erfolgt,

   c) das Waffenembargo für den gesamten ex-jugoslawischen Raum strikt durchgesetzt wird,

   d) ein internationaler Friedensplan erarbeitet wird, der die Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt,

   e) ein internationaler Wiederaufbauplan für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien erarbeitet wird, der den Völkern dieses Gebiets eine gesicherte ökonomische und soziale Zukunft ermöglicht.

   f) Desertion bei allen beteiligten Kriegsparteien unterstützt und allen Deserteuren in der Bundesrepublik Deutschland

Asyl gewährt wird, bis sie durch wirksame Amnestiegesetze in ihren Ländern vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt sind.

Bonn, den 26. Juni 1995

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Jedes Opfer ist ein Opfer zuviel. Jeder Kriegstag ist ein Friedenstag zuwenig. Dieser Krieg wird – wie alle Kriege – auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen. Es ist ein schreckliches Lehrstück über die verheerenden Folgen von Nationalismus und zeigt, wohin es führt, wenn politische Ziele mit Waffengewalt erzwungen werden sollen. Und er ist zugleich ein Lehrstück dafür, daß die trotz des Embargos verstärkten Waffenlieferungen – auch solche aus dem „Westen" – ausschließlich zur weiteren Eskalation führen.

Die Unterstützung und der Schutz der UNPROFOR-Truppen erfordert keinen schnellen Einsatzverband bzw. keine NATO-Intervention. Vielmehr bedeutet ein Eingreifen der NATO eher die Gefahr einer Eskalation als die Chance einer Entspannung. Dies zeigte sich bereits durch die Luftangriffe auf Stellungen der bosnischen Serben am 25. Mai. Durch die Stationierung zusätzlicher schneller Einsatztruppen würde der Konflikt verschärft. Außerdem ist es zweifelhaft, ob die neugeschaffene Interventionstruppe im gleichen Maßen wie bisher die Blauhelme in der Lage wäre, weitgehende Neutralität zu wahren. Durch die Stationierung wird zudem die Konzentration schwerer Waffen auf dem Balkan weiter grundlos erhöht.

Eine über die quantitative Verstärkung hinausgehende Mandatsveränderung beinhaltet die Gefahr, daß die VN-Truppen – auch gegen ihren Willen – zur Kriegspartei gemacht werden. Damit wäre eine Internationalisierung und Intensivierung des Krieges vorprogrammiert.

Schon historische Gründe verbieten eine militärische Präsenz von deutschen Soldaten auf dem Balkan – gleich ob auf dem Boden, dem Wasser oder in der Luft. Im übrigen ist eine Beteiligung der Bundeswehr ein Musterfall für die weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik.

Ein Friedensplan, der weitgehend die Interessen aller Seiten berücksichtigt, und ein Wiederaufbauplan, der den Völkern des ehemaligen Jugoslawien eine reale Perspektive gibt, könnte den Willen zum Frieden bei allen Beteiligten stärken.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333